Agra Europe

Eurofood International News

Lebensmittelgesetz soll Junk-Food-Anzeigen verhindern

Im britischen Parlament wurde ein neues Gesetz diskutiert, das sich mit Lebensmitteln für Kinder befasst. Man reagiert damit auf die zunehmende Krise in der Kinderernährung. Das Gesetz, entworfen von Sustain, *der britischen Allianz für bessere Landwirtschaft und Ernährung, wurde von 114 nationalen Organisationen unterstützt. Das Ziel ist, die aktuelle und zukünftige Ernährung von Kindern zu verbessern und Fehlernährungen wie die Kinder-Fettsucht und viele andere Ernährungsstörungen zu verhindern, die mit dem grassierenden Junk-Food-Konsum der Kinder verbunden sind.*

Die Gesundheits-Zeitbombe

Wie der Chef des Gesundheitsministeriums sagte, bedeute die Kinder-Fettsucht eine Zeitbombe für die öffentliche Gesundheit. Die Fälle von Kinder-Fettsucht hätten sich bei Sechsjährigen auf 8.5% verdoppelt und bei 15-jährgen in den letzten zehn Jahen auf 15% verdreifacht.

Die Food Standards Agency wurde beauftragt, die Kriterien für gesunde und ungesunde Lebensmittel zu spezifizieren. Und dabei den Gesundheitswert als auch die Frage von Additives und Kontaminationen zu berücksichtigen. Sobald diese Kriterien klar sind, solle der Verkauf von ungesunden Lebensmitteln an Kinder verboten werden.

Charlie Powell, der Projektleiter von Sustain, meinte: «Es wird nicht nur verhindert, dass Junk-Food und Junk-Drinks als Kinderprodukte beworben werden. Das Gesetz wird auch die Qualität der für Kinder angebotenen Lebensmittel verbessern.»

«Weil in diesem Bereich riesige Gewinne erzielt werden, ist es einfach naiv zu glauben, die Lebensmittelindustrie reagiere freiwillig. Unsere Koalition von 114 nationalen Organisationen hat erkannt, dass gesetzliche Massnahmen zur Verbesserung der Gesundheit von Kindern dringend notwendig sind.» Sustain *unterstützt Massnahmen in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor, welche die Gesunheit und das Wohlbefinden von Mensch und Tier fördern. Die Allianz vertritt mehr als 100 nationale öffentliche Organisationen, die auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene aktiv sind.*

Die EU untersucht ungarischen Geflügelzüchter

Die europäische Kommission bestätigte, dass die Geschäfte des ungarischen Geflügelzüchters Babolna *untersucht werden, nachdem Vorwürfe erhoben wurden, das Unternehmen erhalte illegale Staatshilfen.*
Babolna *ist ein vom Staat kontrolliertes Unternehmen, und die Regierung in Budapest wird beschuldigt, die Firma wettbewerbswidrig zu unterstützen. Das könnte nur der erste Fall sein, nach der EU-Erweiterung im letzten Monat, wenn man berücksichtigt, wie stark der Staat in den neuen EU-Ländern in eine ganze Anzahl von Agrifood-Unternehmen eingegriffen hat. Wie die EU-Kommission bestätigt, erhielt sie die erste Beschwerde in Bezug auf die staatlichen Garantien für Babolna schon am 19. April. Allerdings wurden bis jetzt keine Beträge genannt, und die Identität des Beschwerdeführers wurde auch nicht offen gelegt.*

Vier Monate Zeit, um zu reagieren

Insider halten dagegen fest, die Sache sei zum jetzigen Moment nicht kritisch. Ungarn habe, wie alle anderen neuen Länder, vier Monate Zeit, um die EU-Kommission über bestehende Staatshilfen zu informieren. Diese Liste stehe allerdings noch aus. In der Folge könnten die neuen EU-Länder eine dreijährige Übergangsperiode beanspruchen, um die Hilfen ganz abzubauen.
Im Falle einer ernsten Missachtung der EU-Bestimmungen könnte die EU jedoch verlangen, diese Hilfen schon früher aufzuheben. Die Hilfe an Babolna sei «über Jahre» bezahlt worden, wie Kommissionsmitglieder bestätigten, und deshalb müsse sie auf der Liste auftreten. Eine mögliche Strafe könnte jedoch nur auf Zahlungen erhoben werden, die nach dem 1. Mai 2004 fliessen würden.

Simmers führt «gesunde» Biscuits ein

Der britische Hersteller von Biscuits und Haferkuchen Simmers of Edinburgh *hat ein neues «Gesund essen»-Sortiment angekündigt, welches das weitere Gewinnwachstum sicherstellen soll.*
Die Gruppe, bestens bekannt für ihre Nairns *Haferkuchen, hat einen Vertrag mit Sainsbury's abgeschlossen, um weizenfreie Biscuits in drei Sorten zu liefern: Ingwer, Mischfrüchte und Frucht & Gewürz.*
Mark Lang, der CEO von Simmers *meinte: «Die Produkte wurden vom Markt gut aufgenommen, obwohl es noch etwas zu früh ist, um zu sagen, wie gut sie sind.»*
Die letzten Zahlen von Simmers *zeigen, dass die geschätzten Umsätze von € 10.2 Mio. auf € 11.24 gestiegen sind. Doch steigende Rohmaterialkosten und die Investition in neue Maschinen reduzieren den Jahresgewinn. Die Zahlen für das Rechnungsjahr 2003 zeigten einen Gewinnschnitt von 20% auf € 1.3 Mio. trotz der Umsatzsteigerung.*
Simmers *wurde 1888 gegründet, als Forbes Simmers mit £ 60 und einem geborgten Pferd eine Bäckerei im Dorf Hatton in Aberdeenshire übernahm. Sie ist 1996, nach einem Management Buy out aus der United Biscuit Group, wieder auferstanden.*

Die Eltern in Grossbritannien sind gegen Automaten

Beinahe 80% aller Eltern sind gegen Automaten, welche Süsswaren, Chips und Softdrinks verkaufen, wie eine Umfrage der UK Times Educational Supplement (TES) zeigte.

WTO-Export-Subventions-Regelung bedroht die europäische Nahrungsmittelindustrie

Die europäische Lebensmittelindustrie kommt wegen der WTO auf die EU zunehmend unter Druck. Denn die WTO verlangt, die Exportsubventionen für Agrarprodukte zu eliminieren. Dies würde jedoch deren Konkurrenzfähigkeit massiv schädigen.
Die Lebensmittelindustrie fürchtet, dass die EU eine, scheinbar neue, Verpflichtung eingehen würde, die Exportsubventionen zu reduzieren – und dies ohne eine gleichzeitige Reduktion der Agrarpreisstützung in den einzelnen Ländern. Damit würde die Konkurrenzfähigkeit in den Exportmärkten weiter geschmälert.
Die meisten Lebensmittelhersteller befürworten die Elimination von Exportsubventionen, wegen den marktverzerrenden Effekten und den bürokratischen Hürden, die damit verbunden sind. Sie möchten jedoch, dass dieser Abbau koordiniert vor sich geht, mit einer gleichzeitigen Senkung der Preise der Agrar-Rohstoffe im Inland. Gemäss CAOBISCO machen die Exportsubventionen im Schnitt 9% der Exportpreise der verarbeiteten Produkte der Branche aus. Die Vereinigung sagt: «Ein Verlust der Subvention wäre zu gross, um von den Unternehmen verkraftet werden zu können und zu gross, um nicht in den Produktpreis eingebaut werden zu müssen.»